

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 27.08.2008

N i e d e r s c h r i f t

der 15. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport
am Mittwoch, dem 13.08.2008,
Gießen.

Sitzungsdauer: 19:03 - 20:05 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer
Herr Dieter Kräske
Frau Julia-Christina Sator
Herr Jörg Schreiber

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz
Frau Hannelore Kraushaar-Hoffmann
Herr Peter Sommer
Herr Frank Walter Schmidt

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich Ausschussvorsitzender

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann

Von der Verwaltung:

Frau Regina Gerlach Leiterin Haupt- und Personalamt
Herr Lars Burkhard Steinz Dez I

Vom Ausländerbeirat:

Frau Sarah Stefanos

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Michael Puhl SPD-Fraktion

Der **Vorsitzende Dr. Greilich** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. 4. Bericht über die Personalentwicklung bei der STV/1767/2008
 Stadtverwaltung Gießen nach dem Hessischen
 Gleichberechtigungsgesetz (HGIG)
 - Antrag des Magistrats vom 03.07.2008 -
3. Frauenförderpläne nach dem Hessischen STV/1768/2008
 Gleichberechtigungsgesetz
 - Antrag des Magistrats vom 03.07.2008 -
4. Schaffung eines behindertengerechten Zugangs zum STV/1823/2008
 Stadttheater Gießen
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2008 -
5. Aussprache über den Bericht des Magistrats zu den
 Sprach- und Integrationsangeboten für Migrantinnen und
 Migranten (Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008,

STV/1654/2008; Stellungnahme des Magistrats vom
09.06.2008);
Schreiben der SPD-Fraktion vom 30.07.2008

6. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. 4. Bericht über die Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung Gießen nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) - Antrag des Magistrats vom 03.07.2008 - **STV/1767/2008**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Personalentwicklung nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) getrennt für die Dienststellen ‚Verwaltung‘ und ‚Amt für Brandschutz‘ sowie für den Eigenbetrieb ‚Mittelhessische Abwasserbetriebe (MAB)‘ zur Kenntnis.“

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, erklärt, sie halte die Personalentwicklung für sehr erfreulich und sei zuversichtlich, dass auch im Bereich der Führungspositionen der Frauenanteil in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werde.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

3. Frauenförderpläne nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz - Antrag des Magistrats vom 03.07.2008 - **STV/1768/2008**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Frauenförderpläne für

- die Universitätsstadt Gießen (mit Ausnahme der Berufsfeuerwehr)
- das Amt für Brandschutz.“

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

4. Schaffung eines behindertengerechten Zugangs zum Stadttheater Gießen **STV/1823/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, einen Gießener Architekten zu beauftragen, einen technisch durchführbaren und den Denkmalschutz berücksichtigenden Vorschlag zur Schaffung eines behindertengerechten Zugangs zum Stadttheater Gießen (Foyer Parterre, Zuschauerraum Parterre, Foyer im 1. Stock) zu erarbeiten.

Dem Architekten sind die Pläne des Theaters, die für die Entwicklung eines Vorschlags notwendig sind, zur Verfügung zu stellen.“

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, führt zur Begründung des Antrages aus, der behindertengerechte Zugang zum Stadttheater sei schon seit längerer Zeit ein Anliegen der SPD-Fraktion. Bei den bisher erfolgten Prüfungen sei nur geprüft worden, ob man innerhalb des Theaters einen Aufzug bauen könne.

In Klagenfurt gebe es ein fast baugleiches Theater, das inzwischen mit einem Außenaufzug versehen wurde. Diese Möglichkeit sei bislang für Gießen weder vom Hochbauamt noch vom Amt für Denkmalschutz geprüft worden.

Es solle ein Architektenbüro beauftragt werden, das auf neutrale Weise prüfe, was im Stadttheater möglich sei. Eine weitere Möglichkeit sei ein Architekten-Ausschreibungswettbewerb. Ein Gießener Bürger habe sich sogar bereit erklärt, 1/3 der Architektenkosten zu übernehmen. Sie vertritt die Auffassung, man sei den Gießener Bürgerinnen und Bürgern schuldig jede Möglichkeit zu prüfen. Sie denke dabei nicht nur an Rollstuhlfahrer, sondern auch an viele ältere Menschen. Sie erinnere an dieser Stelle daran, dass das Stadtparlament 2006 die Umsetzung des Hessischen Behindertengleichstellungsgesetz beschlossen habe.

Oberbürgermeister Hauman führt aus, nach Auskunft der Behindertenbeauftragten, Frau Becker, würde der Einbau eines Aufzugs zum oberen Foyer rund eine Millionen Euro kosten. Wenn man die aktuellen Zahlen behinderter Besucher des Stadttheaters anschau (Laut Auskunft der Intendantin 5 Abonnements und 45 Besucher im freien Verkauf) müsse die Frage der

Verhältnismäßigkeit zwischen tatsächlichem Bedarf und wirtschaftlichem Aufwand gestellt werden.

Bei dem von Stv. Bietz angesprochenen Außenaufzug am Theater der Stadt Klagenfurt handele es sich um Aufzug für Bedienstete und Künstler. In dem für das Publikum begehbaren Teil gebe es keinen Aufzug. D. h. auch dort können Rollstuhlfahrer oder Gehbehinderte nicht ohne fremde Hilfe in den 1. Stock gelangen.

Oberbürgermeister Haumann weist die Anmerkung, eine „neutrale Prüfung“ solle erfolgen, energisch zurück. In den städtischen Ämtern seien Fachleute beschäftigt, die keinerlei persönliches Interesse daran hätten, den Bau eines Aufzuges zu verhindern und in der Lage seien, eine neutrale Prüfung vorzunehmen. Außerdem könne man aus planungsrechtlichen Gründen nicht einfach einen Architekten beauftragen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Becker, Beltz, Grothe und Kraushaar-Hoffmann.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

5. Aussprache über den Bericht des Magistrats zu den Sprach- und Integrationsangeboten für Migrantinnen und Migranten (Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008, STV/1654/2008; Stellungnahme des Magistrats vom 09.06.2008); Schreiben der SPD-Fraktion vom 30.07.2008

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, stellt die Frage an Oberbürgermeister Haumann, wer den vorliegenden Bericht verfasst habe.

Oberbürgermeister Haumann legt dar, der Bericht sei in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten, der Volkshochschule und den zur Verfügung gestellten Unterlagen aus der wissenschaftlichen Befragung erstellt worden.

Stv. Kraushaar-Hoffmann, SPD-Fraktion, erklärt sich mit dem gegebenen Bericht nicht zufrieden. Sie habe sich den Fragebogen, der eine Grundlage dieses Berichtes sei, angeschaut und festgestellt, dass dieser, so wie er angelegt sei, auf die von der SPD-Fraktion intendierten Fragen keine Auskunft geben könne.

Oberbürgermeister Haumann vertritt die Auffassung, dass der Bericht bis auf

eine Einschränkung alle Fragen berücksichtige.

Er sei bereit, im Rahmen der Diskussion über die Gemeinwesenarbeit den Bericht zu ergänzen. Die Weiterentwicklung der Nordstadt, besonders der Aspekt der Nachhaltigkeit solle noch einmal als besonderer Gesichtspunkt betrachtet werden.

Alle anderen Fragen seien beantwortet. Er bedauere, wenn dies nicht zur Zufriedenheit aller ausgefallen sei. Die Zahlen, Daten und Fakten liegen vor. Dies könne man unterschiedlich bewerten.

Wenn die SPD-Fraktion mehr Sprachkurse mit städtischen Mitteln wünsche, solle sie dies als Antrag formulieren, dann könne das Stadtparlament sich damit befassen.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, betont es fehle eine Bewertung der Auswertung. Gibt es in Gießen tatsächlich die Angebote, die benötigt werden, oder fehle noch etwas? Dieser Prüfantrag sollte ermöglichen zu beurteilen, wo noch städtische Mittel fehlen, um dann eventuell einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes

- **Vorsitzender Dr. Greilich** gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 17. 09.2008 stattfindet.

Es sei vorgesehen, dass in dieser Sitzung ein Vertreter der Arbeitsgruppe „Hilfe zur Erziehung“ des Jugendhilfeausschusses über die Arbeitssituation des Allgemeine Soziale Dienst (ASD) berichtet.

Oberbürgermeister Haumann merkt an, wenn wie bereits vorgesehen in der nächsten Sitzung auch über die Zukunft des Nordstadtvereins berichtet werde, werde die Tagesordnung sehr umfangreich.

- **Vorsitzender** führt aus, auf Anregung von Stv. Kraushaar-Hoffmann habe er mit Frau Pertermann, Leiterin der Zweigstelle Gießen der Verbraucherzentrale Hessen vereinbart, dass sie in der Sitzung am 29.10.2008 mit einer Mitarbeiterin über ihre Arbeit berichten werde.

- **Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, erläutert, nachdem es auf die erste Stellenausschreibung für die Koordinationsstelle für interkulturelle Erziehung keine oder keine geeigneten Bewerber gegeben habe, sei die Stelle erneut ausgeschrieben worden. Sie möchte von Oberbürgermeister Haumann wissen, ob inzwischen Bewerbungen eingegangen seien.

Oberbürgermeister Haumann verneint dies.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Klaus Dieter Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Simone Benz